

ungen keine Sorge vor Strafe bekommen ließen. Der Botschafter der dritten Republik konnte es sich sogar nicht einmal verlegen, in seine Worte eine kleine Vorhalt einzufügen zu lassen, indem er von der „ehrlichen“ Erfüllung des Friedensvertrages sprach. Das konnte nach der ganzen Art der französischen Debatte nur eine „karik“ Andeutung nach der Richtung sein, daß Deutschland bisher es an der nötigen Ehrlichkeit in diesem Punkte dabei fehlen lassen; die Pariser Presse strotzt ja täglich von solchen Beleidigungen. Zur Klarstellung der Lage hätte es vielleicht beigetragen, wenn der Staatspräsident nicht mit Erfolglosigkeit über die Ausprägung des Botschafters hinweggegangen wäre, sondern das bestrebt hätte, worin ganz Deutschland einig ist: daß der Verfaßter Vertrag in seinen wirtschaftlichen und finanziellen Forderungen unverbindlich ist, und daß Deutschland auch in den durchführbaren bestimmten schiedenden Rücknahme auf seinen notleidenden Zustand bedarf. Was wir aber nicht erklären können, das dürfen wir auch nicht aus sagen und unterschreiben. Wir müssen den moralischen Mut haben, da, wo die Unmöglichkeit der Erfüllung klar am Tage liegt, ein ehrliches Räum zu sagen. Dieser Gedankengang führte in allen Reden in der Aussprache über das Regierungsprogramm in der Nationalversammlung wieder, und seine gleichmäßige Anerkennung zeugt von der Einmütigkeit der Auffassung, die allein besteht. Überhaupt dem französischen Botschafter waren Weine einschlägigen und zu betören, daß diese Richtung uns auch unter Verhältnissen in Spa vorzusehen, wäre uns in notwendiger gewesen, als wir nur auf solche Weise hoffen und unverdächtig unsere Ehrlichkeit bekräftigen können, die unsere ehemaligen Kriegsgegner immer wieder anzweifeln und verdächtigen werden, wenn wir fortfahren, unseren Willen zur Erfüllung des Vertrages ohne Verbündet zu votieren, um dann in der Praxis doch abzuwenden zu können, unsere Unfähigkeit zur Gestaltung des Unmöglichlichen zu bestätigen.

Unser Verhältnis zu Frankreich ist und bleibt die empfindlichste Frage bei der Vergleichung Europas. Gewiß aber es auch in Frankreich einflussreiche Kreise, die bestreben, daß beide Nachbarstaaten aufeinander angewiesen sind; eine Freundschaft, die bei uns wohl ziemlich allgemein herrscht. Sie haben aber bisher nicht durchdringendes vermocht, vielmehr hat die Oberhand die Militärpartei behalten, die sie in dort und Poincaré vertrügt. Diese beiden Unvereinbarten legten nun „Planden“, und Poincaré hat am Jahresende des Verfaßter Friedensschlusses gefordert, die französischen wichtigen „Inlandshölzer“ werden, wenn es ihnen nicht gelinge, in Spa den gemeinsamen englisch-französischen Willen zur restlosen Durchführung des Verfaßter Vertrages Deutschland aufzuzwingen, und zu dem Zweck der „Pandervoltit“, d. h. der weiteren Besetzung deutschen Gebietes und der Besiegung deutsche Eliten im Falle der Nichtausübung zum Siege zu verhelfen. Das legte bei den französischen Militärvororten in ein umfassender Eindruck im Süddeutschland, um das Reich zu strengen. Wenn doch Poincaré mit Gefolgschaft das erreichen könne, so sind ihnen alle wirtschaftlichen und finanziellen Nachteile, die daraus für Frankreich hervorgerufen müßten, gefürchtet. Und England? Lord George hat den Kopf so voll von östlichen Sorgen, daß er, wenn er uns kaum noch findet, Frankreich gegenüber sicher kein heftiges Blutbad verhant wird, falls man ihm in Paris wie Schwierigkeiten und Hemmungen im nahen und fernen Osten droht. In Boulogne haben wir schon Achtliches erleben müssen. Und wie wird es in Spa werden? Der Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat recht, wenn er sagt: „Wir stehen in Spa vor unserem Schaf, ja vor dem Schaf Europa“. Von unserer geschickten Hand also. Wir dürfen uns nicht wieder einschüchtern, nicht verblassen lassen, auch nicht durch die von französischer Seite verbreitete Drohung, daß die Konferenz im Falle unserer Unzufriedenheit nach wenigen Sitzungen ergebnislos auseinandergehen werde. Unsere gerechte Forderung nach einer gründlichen Revision des Verfaßter Vertrages muß und wird sich durchsetzen, wenn wir unsere besten Köpfe vor die Krone schicken, um die Unmöglichkeit der Erfüllung in seiner jetzigen Form klar und deutlich zu beweisen. So, wie er jetzt ist, verfügt der Verfaßter Vertrag die ganze Welt; das hat vor einigen Tagen eine der ersten amerikanischen Finanzhäuser erklärt. Mit den Helfern eines solchen Dokuments belastet, können weder wir, noch kann Europa damit existieren. Das ist der springende Punkt, auf den wir immer wieder bei allen Gelegenheiten zurückkommen und den wir auch den bei uns beauftragten diplomatischen Vertretern der Entente unermüdlich vor Augen halten müssen.

Die Frage der Revision.

Kopenhagen, 3. Juli. Die „Politiken“ aus Paris erzählt, wird es in der Brüsseler Konferenz für Spa auch zu lebhaften Auseinandersetzungen über die Revision des Friedensvertrages kommen, die besonders von amerikanischer Seite kein Zweifel daran gelassen wurde, daß sowohl England wie Italien einem Vorstoß auf Revision des Friedensvertrages beizutreten gedenken. Danach würde Deutschland das Recht bekommen, seine heilige Heeresmacht zu behalten. Dafür wird außer England und Italien auch Japan stimmen, so daß Frankreich in der Minderheit bleibt. Die amerikanischen Kreise soll man auch bereit sein, eine Revision in den finanziellen Beleihungen des Friedensvertrages vorschlagen. Amerikanische Finanzhäuser betrachten es als ausgeschlossen, daß Deutschland die Bedingungen erfüllen kann. Frankreichs Standpunkt auf Revision des Friedensvertrages wird folgendermaßen zusammengefaßt: 1. muß von vornherein eine sehe Grenze für die Deutschland einzuräumenden Anzahlhände gemacht werden. Der Teil der Entschädigungsumme, den Frankreich erhalten soll, darf unter seinen Umständen unter 50 Milliarden heruntergehen; 2. seien territoriale Veränderungen als unantreibbar zu betrachten; 3. müsse das Recht bestehen bleiben, Deutschland, wenn nötig, mit Waffmitteln zur Einhaltung seiner Verpflichtungen zu zwingen, eventuell auch wieder mit der Ausdehnung der Okkupation.

Aus der französischen Presse erfährt man jetzt Näheres über den Inhalt der beiden deutschen Dokumente, die vor einigen Tagen in Paris überreicht wurden. Die deutschen Sachverständigen erklärten in der Debatte, Deutschlands Räume habe sich seit dem Beitrag von Verfaßter geändert und von 100 Milliarden könne keine Rede mehr sein. Deutschland besitzt nicht mehr das Saargebiet, Oberschlesien, Danzig und nicht mehr den freien Verkehr mit Preußen. Letzhalb kann Deutschland keine Befreiung wegen der Höhe seiner Entschädigungsumme machen, solange nicht seine wirtschaftliche Souveränität widerhergestellt sei. Auch seien 200 000 Mann für die Reichswehr notwendig. Ferner müßten Roßnoss und Nebenmittel an Deutschland geliefert werden. Nur dann können Deutschland den Alliierten Vorwände für die Bezahlung der Kriegsentschädigung machen und sofort an ihre Regelung gehen.

Foch über Spa.

Niederland, 3. Juli. Der Korrespondent des „N. G.“ in Brüssel berichtete mit Marshall Foch, bevor ich die Konferenz begab, einer Unterredung, die er erörterte, daß die Alliierten einig empfanden und einig in der Tat seien werden. Foch sagte er, daß die Konferenz darüber wachen werde, daß die Abtäuschung von Deutschland durchgeführt werde. Was den französisch-belgischen Militärvertrag betrifft, so erklärte Foch, daß die Frage gute Fortschritte mache. Und England? fragte der Korrespondent. Was England anstrengt, antwortete Foch, so müssen sich auch Lord George und Poincaré wenden. Ich spreche nur von Frankreich zu Ihnen. Der Marshall schloß, indem er die Notwendigkeit betonte, die Ausführung des Friedensvertrages zu sichern. Denn, fügte er hinzu, die Deutschen würden und selbst bis aufs Hemb austreiten.

Der kommunistische Stad in Berlin.

In der Freitagsausgabe wird die Gewerbeaufnahme mit der weiteren Bemühung des Jungen Toßl fortgesetzt. Rechtsanwalt Dr. Weindorf geht noch auf mehrere Einzelheiten ein, um daraus zu zeigen, daß die Bekämpfung von Terror und Mörderzentrale nichts seien, als eine Ausrede von Spiegheln. Bei der Frage des Verteidigers, ob der Mensch aufgefordert habe, die Spiegheln Görres-Mühle zu ermorden, äußert Staatsanwalt Dr. Ortmann, den Zeugen davon aufmerksam zu machen, daß er bestrebt ist, die Antwort auf diese Frage zu verweigern. — Vert. Dr. Weindorf (recht): Wir brauchen uns hier, ein schwerwiegendes Verbrechen anzudenken, und es ist doch unglaublich, daß der Staatsanwalt verucht... — Vert. außerordentlich: Ich muß doch den Herrn Staatsanwalt vor einen deftigen Angriff in Schutz nehmen. — Staatsanw. Dr. Ortmann: Ich weise die Bemerkung des Verteidigers mit Entschiedenheit zurück. Es wird doch der Zeuge durch solche Fragen von der Partei terrorisiert. — Vert.: Haben Sie also niemals dazu aufgefordert, jemanden zu ermorden? — Zeuge: Mit einem Gewissen kann ich diese Frage bejahen. — Weitere Fragen der Verteidigung, ob er aufgefordert habe, Druckereien zu überfallen, ob er Befehl zur Totung Reichmann erhalten habe und vergleichbar, verneint der Zeuge Toßl. — Vert.: Haben Sie an solchen Unternehmungen teilgenommen? — Zeuge: Darüber verneine ich die Aussage. — Damit ist die Verneinung dieses Zeugen vorläufig beendet.

Landarbeiterstreik auch in Borpommern.

Offizielles Drucksbericht der Dresden Nachrichten

Berlin, 3. Juli. Der Landarbeiterstreik in Borpommern hat auf Borpommern übergriffen. Im Regierungsbereich Greifswald sind jetzt gleichfalls große Teile der Landarbeiter in den Streik getreten.

Eine Gewerkschaftsforderung auf Preisabbau.

Berlin, 3. Juli. Die Gewerkschaften haben der Regierung eine neue Forderung unterbreitet, die den sozialen Abbau der Lebensmittelpreise durch Ausnahmen verlangt. Es wird auf die tiefschlagende Erregung der weltähnlichen Bevölkerung hingewiesen. Der Reichskanzler wird noch vor der Abreise nach Spa Vertreter der Gewerkschaften empfangen.

Eine deutsche Gewerkschaftskommission nach Rußland.

Die Berliner Gewerkschaftskommission beschloß, eine dreigliedrige Studienkommission nach Sowjet-Rußland zu senden, um Gewissheit über die russischen Zustände zu erhalten. (B. T. B.)

Neutralisierung Oberschlesiens.

Barcelona, 1. Juli. Die Meldungen, nach denen das Zentral-Oberschlesiens in Spa zur Verhandlung kommen soll und daß der Plan, Oberschlesien die Form einer selbständigen Republik zu geben, bereits ausführlich erörtert wurde, bestätigen sich. In diesen politischen Kreisen sieht man der Entwicklung der überzähligsten Frage mit äußerstem Pessimismus entgegen, zumal verlautet, zwischen Frankreich und Polen habe in diesen Tagen ein Meinungsunterschied stattgefunden, in dem Polen seine unabdingbar günstigen Ansichten gemacht wurden. Die französische Regierung erklärte, daß sie selbstverständlich grundätzlich bestrebt sei, Polens Interessen zu verteidigen und zu wahren, daß Frankreich jedoch an Deutschlands Zahlungsfähigkeit ein außerordentliches Interesse habe und daß seine Forderungen hierdurch beeinflußt werden müßten. Wenn Deutschland nachweisen könnte, daß es ohne die überzähligste soße wirtschaftlich zugrunde gehen müßte, müßte auch Frankreich seine Entschließungen brechen. Oberschlesien wird sich durchsetzen, wenn wir unsere besten Köpfe vor die Krone schicken, um die Unmöglichkeit der Erfüllung in seiner jetzigen Form klar und deutlich zu beweisen.

Die Transporte ins Abstimmungsgebiet.

Berlin, 2. Juli. Mit Rücksicht auf die erheblichen Schwierigkeiten des Nahverkehrs durch den polnischen Korridor sind Befehlschirme getroffen worden, einen Teil der Abstimmungsbereiche auf dem Seeweg noch Dampfschiffe zu besetzen. Auch Fahrzeuge der Reichsmarine sind für diesen Zweck verfügbar gemacht worden. Bis zum 9. Juli werden Torpedoboote mit Abstimmungsberechtigten an Bord von Swinemünde und Stolpmünde nach Danzig in See gehen. (B. T. B.)

Eine deutsche Forderung nach mehr Schiffsräum.

Hag, 2. Juli. „Dalm Telegraf“ teilt mit, daß die deutsche Regierung anfaßt der nach dem Friedensvertrag Deutschland auferlegenden 300 000 Tonnen Schiffsräum 600 000 Tonnen als Minimum verlangen wird.

Die polnischen Hilfslinie.

Paris, 3. Juli. Die Pariser Ansage der „Chicago Tribune“ berichtet von einer Unterredung zwischen Foch und dem britischen Feldmarschall Henry Wilson. Berichtet wurde diese Unterredung durch einen dringenden Hilfslinie Befehlsschiff an Marschall Foch. Die Begegnung dauerte über eine Stunde und bestätigte sich in der Hauptstadt mit den Bitteln, durch die das Befehlsschiff des Befehlshabers eingedrungen werden könnte. Man glaubt, daß es den Befehlshabern gelingen werde, Warschau zu erreichen, wenn sie nicht auf politischen Wege ankommen werden könnten, den Befehlshabern einzustellen.

Die bolschewistische Propaganda in Lettland.

Kopenhagen, 2. Juli. Wie das französische Pressebüro aus Riga meldet, wurde dort eine weitverbreitete bolschewistische Organisation aufgedeckt. In einer Stadt wurden zahlreiche Mitglieder der Organisation verhaftet. Aus den beklagbaren Schriften geht hervor, daß es in Lettland über 600 organisierte Kommunisten gibt, in Riga 200.

Für einen Teil der Deutschen wiederhol.

Der englische Botschafter beim Reichspräsidenten.

Berlin, 2. Juli. Der Reichspräsident hat heute den neu errichteten Königlich britannischen Botschafter Lord Abernon zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen. Bei der Überreichung hielt der Botschafter eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: Seiner Majestät Regierung hat mich mit der ehrenvollen Pflicht betraut, volle diplomatische Beziehungen mit der deutschen Republik herzustellen. Ich habe diese Aufgabe übernommen in der Hoffnung, daß ein ruhiger Verkehr auf diesen Gebieten zwischen zwei großen Gemeinschaften dadurch erleichtert werden möge. Die Lage, mit der die Regierungen der Welt heute rechnen müssen, ist von beispiellosem Schwierigkeit. Die Weltkrisis kann erfolgreich nur durch gemeinsame Zusammenarbeit überwunden werden und durch freimütige Erkenntnis der Wahrheit, daß das Wohl jedes einzelnen das Wohl aller ist. Die wesentliche Grundlage dieser Zusammenarbeit ist für uns die feine und harte Erhaltung gegenwärtiger Bündnisse und die genaue Ausführung der Verpflichtungen des Friedensvertrags. Wirtschaftlicher Friede aufbau in das gebietsspezifische Erfordernis der Welt, und dieses kann nur erfüllt werden in einer Atmosphäre des Friedens. Sobald durch lokale Handlungen und guten Glauben das Vertrauen wieder hergestellt wird, sind die Nationen berechtigt, nicht nur Spielraum zur Entwicklung zu erwarten, sondern auch Beistand bei der Entwicklung.

Der Reichspräsident nahm die Begrüßungsschreiben entgegen und erwiderte u. a.: Die Worte, die Sie an mich gerichtet haben, finden bei mir und, wie ich überzeugt bin, beim ganzen deutschen Volke verständnisvolle Einleitung für Ihre Tätigkeit in unserer Mitte.

Der holdbare Kredit für Deutschland.

Dass, 2. Juli. Die Deutsche Kammer hat heute die Vorlage über den 200-Millionen-Gulden-Kredit an Deutschland angenommen. (B. T. B.)

Der Reichskanzler und die Ministerpräsidenten.

(Drucksellung unserer Berliner Schriftleitung)

Im Reichskanzlerpalais fand heute eine Besprechung zwischen dem Reichskanzler und den Ministerpräsidenten sämtlicher deutscher Bundesstaaten statt. Die Konferenz gilt der Frage der föderativen Gestaltung des Reiches. Sie ist im Zusammenhang mit der Erklärung, die der Reichskanzler innerhalb des Regierungsprogramms darüber im Reichstag abgegeben hat.

Die Bayerische Volkspartei für die Koalition.

München, 2. Juli. Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei erklärte schriftlich ihre Bereitswilligkeit zum Eintritt in die Regierungskoalition unter gewissen Bedingungen, die auch Lehrenbach angenommen hat.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 2. Juli. Am weiteren Verlauf der Drucksellung des Reichstages führt Abg. Helfrich (D. P.) in seiner Rede fort: Mit den Parteien der Koalition sind wir darüber einig: das Wichtigste, was wir brauchen, ist die Wiederherstellung und Sicherung von Recht und Ordnung. (Schr. richtig rechts, Nurruh links.) Wir brauchen aber auch die Mittel, um Recht und Ordnung sicherzustellen. (Vom linken.) Als ich ins Amt trat, machte ich aufmerksam, daß wir, wenn der Krieg länger dauere, nicht um Kriegsteuern herumkommen würden. Der Abg. Spaß wird mir bestätigen, daß ein Mitglied seiner Partei damals sagte, die Kriegsteuern müßten unter allen Umständen vermieden werden. (Namens nennen!) Nun, wenn Sie es absolut wissen wollen: Es heißt Erzberger! (Langandauernde Unterruhe in der Mitte.) Nach der Revolution hat dann der Reichsfinanzminister Schiffer noch in einer Denkschrift erklärt, es könne immerhin zweifelhaft sein, ob es während des Krieges nicht richtiger gewesen wäre, alles auf Auflehnung zu nehmern. (Rechtsruh, hört! rechts, Nurruh und Bewegung.) Gegen einen anderen Vorwurf des Reichsfinanzministers stelle ich fest, daß es in meiner Amtszeit ein richtiges Defizit gar nicht gegeben hat. (Widerpruch und Vom linken.) Die Umwandlung der einzelstaatlichen Bahnen in Reichsbahnen ist nicht mit der nötigen Sorgfalt durchgeführt worden. Die Einzelstaaten haben vorher noch Bevollmächtigungen vorgenommen, die dem Reich Milliarden kosten. Wenn wir nicht andere Wege gehen, kommen wir zum Bankrott des Eisenbahnwesens.

(Großer Vom linken.) Kurz: Sie sind ein Bankrotteur. Sie haben Deutschland zerstört! Der Erklärende der Regierung über ihre Politik können wir im allgemeinen zustimmen. Über unsere Stellung zur Regierung stellen wir einen eigenen Antrag. Wir treten ein für Einigkeit und Geschlossenheit der Nation. Wer in der Weise zum Vaterland mit uns geht, dem werden wir zur Seite stehen. (Vom rechten rechts, anhaltendes starles Blitzen bei den übrigen Parteien.)

Bundespräsident Dietrich: Es sind eine Fülle beleidigender Buruße gemacht worden. Ich muß feststellen, wer sie gemacht hat. Die Unabhängigen springen auf und rütteln in den Rängen des Abg. Hentz ein: Wir alle, wir alle! Bundespräsident Dietrich: Dann rüttle ich Sie alle zur Ordnung.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Die Minister sind in 24 Stunden auf dem Wege nach Spa. Wir sind betrübt und enttäuscht, 24 Stunden bevor wir fahren, eine derartige Rede hier zu hören. (Schr. richtig links, Widerpruch rechts, anhaltende Unterruhe. Was Helfrich vortrug, ist ein Beweis, daß wir irgendeinen anderen Frieden hätten haben können. Große Unterruhe rechts, Kurz: Das sagt ein deutscher Minister.) Wenn wir auf Abzug nach rechts! Politik aufzubauen wollten, wären wir am Ende unseres Vieles. Wir wollen in Spa aufrecht und ernst am Befriederausbau Europas arbeiten, nicht in hämischer Demut vor der Entente.

Abg. Becker-Hessen (D. P.): Die Parteien, die soviel vor Freiheit reden, sollten die Freiheit doch besser achten. (Schr. richtig!) Wir haben eine

Hypertonie der Beamtenchaft

und gehen daran zu grunde. Wir brauchen mehr Privatwirtschaft. Die Sozialdemokratie sollte sich wohl überlegen, ob sie an allen Kreischen, Achtundtagen usw., festhalten müssen, wenn auch die Betriebe darüber zugrunde gehen. Redner dankt dem Minister des Auswärtigen für die kräftigen Töne, die endlich einmal hier wieder angeschlagen wurden. (Beifall.) Die Regierung darf in Spa sich nicht in die Rolle drängen lassen: Wir können nicht halten, aber wir unterschreiben! Was man unterschreibt, muß man auch halten, oder man unterschreibt nicht.

Abg. Frau Zeiss (Kom. v.): verlangt ein Schuh- und Textilbündnis mit der russischen Sowjetregierung und appelliert an das Proletariat aller Länder, gegen den Kapitalismus zusammenzutreten. Nach etwa zweistündigem Reden muß sie erschöpft aus dem Saale geführt werden.

Abg. Dr. Petersen (Dem.): führt aus, die alte Koalition sei die einzige mögliche Mehrheitsbildung gewesen. Seine Freunde wollten keinen Bürgerblock, weil sie die Gegenparty nicht verhören, sondern überbrücken wollten.

Reichskanzler Lehrenbach dankt für die objektive Erklärung des Regierungsprogramms. Er bittet die Parteien in der Regierung, aufeinander Rücksicht zu nehmen, und bittet die anderen Parteien, das Wahl der berichtigten Kritik nicht zu überbreiten. Nach Spa geben wir mit dem guten Willen der Befriederautmachung, aber auch mit der Hoffnung, daß wir unserer Verhandlungsgegner davon überzeugen: über die Leistungsmöglichkeit gehen wir in keiner Weise hinaus.

Damit schließt die Aussprache. Nach zahlreichen persönlichen Bemerkungen wird der

Mittrauensantrag der Unabhängigen mit 318 gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Ebenfalls abgelehnt wird ein Antrag Herat (D. P.), wonach die Erwartung ausgeschlossen wird, daß die Regierung Ruhe und Ordnung, Leben und Eigentum schützen, unter Zurückstellung der Parteipolitik den Befriederausbau in Angiff nehmen und in Spa die Würde und die Interessen des Reiches mit Bestigkeit vertreten werde. — Die Abg. Schiffer (Dem.) und Dr. Strelcman (D. B.) hatten vorher erklärt, daß sie sich gegen diesen Antrag nichts einzuwerben hätten, daß sie aber an dem gemeinsamen Antrag der Regierungsparteien festhalten müßten.

Der Antrag der Regierungsparteien lautet: „Der Reichstag hat die Erklärungen der Reichsregierung vom 28. Juni 1920 zur Kenntnis genommen. Er erwartet von der Regierung, daß sie diese Erklärungen entsprechend die Politik des Reiches, insbesondere auch bei den bevorstehenden Verhandlungen in Spa, führen wird.“

Dieser Antrag wird mit 253 gegen 62 Stimmen der Unabhängigen bei 54 Stimmenabstimmungen der Deutschen Nationalen angenommen. — Morgens 11 Uhr Anträge und Interpellationen. — Schluss 1610 Uhr.